



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 12/16

I. Das Wichtigste zuerst

1. Bundeshaushalt 2017 stärkt heimische Wirtschaft und verstärkt Investitionen in die soziale Stadtentwicklung

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble hat am Mittwoch den Entwurf zum Bundeshaushalt 2017 im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vorgestellt. Dieser sieht im nächsten Jahr zusätzlich 78 Millionen Euro vor, um die landwirtschaftlichen Betriebe flächendeckend und unbürokratisch zu entlasten. Seit 2013 sind die Preise für Schweinefleisch, Milch und Getreide stetig gesunken. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will den Bauern in dieser außerordentlichen Krise helfen, um auch künftig eine regional verankerte, bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten. Ein Aspekt, den unsere Fraktion mit dem diese Woche von uns beschlossenen „Pakt für die Landwirtschaft“ vorgeschlagen hat, soll nun unmittelbar angegangen werden: Der Bundeszuschuss zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung soll wie schon im Vorjahr aufgestockt werden, von 100 auf 178 Millionen Euro. Dies wäre eine spürbare Entlastung von rund 36 Prozent und würde den landwirtschaftlichen Betrieben direkt zugutekommen. Auch werden die Mittel für die GAK (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“) um 15 Millionen Euro auf 765 Millionen Euro erhöht werden. GAK finanziert die Agrarstruktur- und Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum. Für Forschung und Innovation sollen im nächsten Jahr rund 278 Millionen Euro zur Verfügung stehen, das sind 38 Millionen Euro mehr, um den Wettbewerbsdruck

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen und letzten Ausgabe vor der parlamentarischen Sommerpause!

Breitbandausbauförderbescheide gab es auch diese Woche vom Bund. Wutach und Friedenweiler erhalten Geld für Beraterleistungen. Das Programm wird um weitere 1,3 Milliarden Euro aufgestockt (S. 2).

Wir entlasten durch Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch den Mittelstand von Bürokratie, indem wir die Meldeverfahren in der sozialen Sicherung deutlich vereinfachen. Da der Tagesordnungspunkt ursprünglich um 1 Uhr nachts aufgerufen werden sollte, ging auch meine Rede zu Protokoll (S. 3).

In den letzten Wochen hat die Schülerin Marina Soliman aus Ägypten ein Praktikum im Berliner Büro absolviert. Ihren Praktikumsbericht lesen Sie auf Seite 4.

Parlamentarische Sommerpause bedeutet nicht, dass ich untätig sein werde. Ganz im Gegenteil, ich werde die Zeit nutzen, um im Wahlkreis unterwegs zu sein und u.a. an der Sommertour der CDA teilnehmen. Auch in diesem Jahr werden wir soziale Einrichtungen, Unternehmen und Schulen besuchen, um die aktuellen Themen, wie Pflege, Flüchtlinge und Rentenpolitik mit den Verantwortlichen vor Ort zu diskutieren. Über meine Aktivitäten können Sie dann wie gewohnt im Sommerbrief nachlesen.

Ich wünsche allen einen schönen Sommer.

Herzliche Grüße

Ihre

und Strukturwandel in der Landwirtschaft zu begegnen.

Damit das Miteinander in Städten und Gemeinden gelingt, brauchen wir bezahlbare Wohnungen in intakten Nachbarschaften. Auch die Infrastruktur muss mit den Bevölkerungszuwächsen, verursacht durch die hohe Zuwanderung, Schritt halten. Um das nachbarschaftliche Leben zu stärken, sind in den Jahren 2017 bis 2020 zusätzliche Programmmittel in Höhe von 300 Millionen Euro jährlich vorgesehen. Anträge können jedes Jahr über die gesamte Laufzeit des Investitionspaktes gestellt werden.

2. Wutach und Friedenweiler erhalten Förderung vom Bund für den Breitbandausbau



Auch die Gemeinden Wutach und Friedenweiler kommen in den Genuss der Mittel aus dem Bundesförderprogramm für Beraterleistungen für den Breitbandausbau. Die Übergabe der insgesamt 132 Förderbescheide übernahm diesmal der Parlamentarische Staatssekretär Norbert Barthle MdB (s. Bild Mitte; rechts: Thomas Dörflinger MdB). Die Gemeinde Wutach erhält 15.000 Euro und die Gemeinde Friedenweiler sogar 50.000 Euro. Geld für Beraterleistungen, das dringend benötigt wird.

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hat diese Woche angekündigt, das Bundesförderprogramm für den flächendeckenden Ausbau der schnellen Netze mit zusätzlichen neuen Haushaltsmitteln zu erhöhen. 1,3 Milliarden Euro kommen zusätzlich dazu, so dass damit insgesamt 4 Milliarden Euro für das schnelle Internet zur Verfügung stehen.

Seit Beginn des Bundesprogramms am 18. November 2015 konnten bereits 651 Förderanträge für Beraterleistungen von Kommunen und Landkreisen aus ganz Deutschland positiv beschieden werden. Hinzu kamen bereits 55 Bescheide für den Ausbau von Infrastrukturprojekten.

3. Änderung des Bundeswaldgesetzes – Kartellverfahren zur Holzvermarktung in Baden-Württemberg



In der „Schmidts Berliner Brief“ [Ausgabe 1/15](#) habe ich ausführlich zu diesem Thema informiert. Das Bundeskartellamt hat dem Land Baden-Württemberg untersagt, die gemeinsame Holzvermarktung von Landes-, Kommunal und Privatwald weiterzuführen. Die Landesregierung ist mit der Untersagungsverfügung nicht einverstanden und hat Klage beim Oberlandesgericht Düsseldorf eingereicht. Leider ist die Aussicht auf Erfolg eher gering. Da schließe ich mich der Meinung meines Kollegen und Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses Alois Gerig MdB an. Das Urteil wird für den Herbst erwartet. In den vergangenen eineinhalb Jahren fanden

Beratungen zur Änderung des Bundeswald- und des Bundesjagdgesetzes statt. Die Zuversicht, dass eine Gesetzesänderung zustande kommt, muss nun der Enttäuschung weichen, darüber, dass der fertige Gesetzentwurf nicht in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden soll. Durch die Änderung des Bundeswaldgesetzes sollte es den Forstämtern weiterhin erlaubt werden, Dienstleistungen, die der Holzvermarktung vorgelagert sind, privaten und kommunalen Waldbesitzern anzubieten – beispielsweise Holzauszeichnen, Waldbau und Holzernte. Ziel der beabsichtigten Neuregelung war, dass Forstämter das Dienstleistungsangebot für Kleinwaldbesitzer auch in Zukunft weitgehend aufrechterhalten können. Eine Lösung auf Landesebene wird damit dringender denn je.

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Gesetz zur Änderung der Strafgesetzbuches – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung.

Nein heißt Nein! Wir verschärfen das Sexualstrafrecht, schließen Strafbarkeitslücken und setzen in der Gesellschaft ein klares Zeichen: Wenn jemand einen sexuellen Kontakt nicht will, ist das ohne Wenn und Aber zu akzeptieren. Zukünftig reicht die Vornahme sexueller Handlungen gegen den erkennbaren Willen des Opfers zur Strafbarkeit aus. Der Grundsatz „Nein heißt Nein“ verträgt keine Einschränkung und wird durch maßgeblich von der Unionsfraktion (s. Bild) im parlamentarischen Verfahren voran getriebene Änderungen fest im Sexualstrafrecht verankert.

Mit den neuen strafrechtlichen Regelungen geben wir auch die richtigen Antworten auf die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und an anderen Orten in unserem Lande, bei denen Frauen Opfer sexueller Übergriffe wurden. Zukünftig werden mittels des neuen Straftatbestandes der sexuellen Belästigung auch das sogenannte Grabschen und solche Straftaten, die aus Gruppen heraus begangen werden, geahndet.



(Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

2. Sechstes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze. Als Berichterstatterin für dieses Thema musste ich auch diese Woche eine Rede im Parlament halten. Aufgrund der späten Stunde ging die Rede zu Protokoll. Im Fokus der Änderungen steht die Entlastung der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie. Die Rede zum Nachlesen finden Sie [hier](#).

3. EEG-Reform beschlossen. In den parlamentarischen Beratungen haben wir den Regierungsentwurf in kurzer Zeit an zahlreichen Stellen sinnvoll weiterentwickelt. Insbesondere wird der Ausbau der Windenergie auf See besser mit dem Stromnetzausbau an Land verzahnt. Er wird in den Jahren 2021 bis 2025 reduziert, weil bis dahin die erforderlichen Stromtrassen noch nicht zur Verfügung stehen. Unter anderem wird auch die Härtefallregelung für energieintensive Unternehmen angepasst, die Ausschreibung für alle Biogasanlagen geöffnet und Windenergieanlagen an Land in sogenannten Netzausbaugebieten begrenzt. Über Photovoltaik auf Ackerflächen entscheiden in Zukunft die jeweiligen Bundesländer.

III. Sonstiges

Schülerin Marina Soliman aus Ägypten macht Praktikum im Berliner Büro



Mein Name ist Marina Soliman, ich komme aus Alexandria Ägypten, wo ich die Deutsche Schule der Borromäerinnen besuche. Ich bin gerade in der 11. Klasse in der Fachoberschule. Um mein Abitur abzuschließen, muss ich 100 Tage mit insgesamt 800 Stunden ein Praktikum bei verschiedenen Unternehmen machen. Ich hatte die Chance, einige Tage bzw. Wochen davon im Deutschen Bundestag, im Abgeordnetenbüro von Gabriele Schmidt, absolvieren zu können.

In diesen Wochen habe ich viel Interessantes erlebt. Meine Mitschülerinnen und ich haben viele Gespräche mit Sprechern verschiedener Fraktionen geführt, wie z.B. das Gespräch mit dem Sprecher der Arbeitsgruppe Auswärtiges der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Hardt MdB. Wir besuchten außerdem die Sendung „Das Duell“ bei n-tv, welche richtig spannend und interessant war. Und wir durften auch in den Plenarsitzungen dabei sein, was sehr informativ war. An der Sitzung der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales durfte ich auch teilnehmen. Während des Praktikums habe ich Wissen errungen und wertvolle und interessante Erfahrungen gesammelt. Ich bin sehr froh über die Wochen, die ich hier im Büro erlebt habe und wünsche mir, nach meinem Studium ein weiteres Praktikum machen zu können. Politik ist ziemlich interessant, und nach diesem Praktikum ist ein Politikstudium für mich gut denkbar. Ich habe Einblick in die Praxis gehabt und hinter die Kulissen geschaut. Ich möchte Frau Schmidt danken, dass sie mir dieses tolle Praktikum ermöglicht hat.

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 12. Juli, ab 16.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

2. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis \(Auswahl\)](#):

- | | |
|----------------------|--|
| 08. Juli: | <ul style="list-style-type: none">• 42. Städtlefest Stühlingen |
| 11. Juli: | <ul style="list-style-type: none">• Kreisvorstandssitzung Breisgau-Hochschwarzwald, Staufen |
| 12. Juli: | <ul style="list-style-type: none">• Besuch bei GWA gemeinnützige GmbH, Gespräch mit Geschäftsführer Hugo Waidelich, Waldshut-Tiengen |
| 15. Juli: | <ul style="list-style-type: none">• „Runder Tisch“-Gespräch zum Motorradlärm, St. Blasien• Richtfest für die „Neue Courage“, Lauchringen |
| 18. Juli: | <ul style="list-style-type: none">• Gespräch mit SKM-Kath. Verein für soziale Dienste im Landkreis Waldshut e.V., mit Vorsitzenden Dr. Martin Kistler und Geschäftsführer Hermann Huttner• Kreisvorstandssitzung und Mandatsträgerkonferenz, Waldshut-Tiengen |
| 19.-21. Juli: | <ul style="list-style-type: none">• Sommertour der CDU-Sozialausschüsse Südbaden |